

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 63 (1983)
Heft: 7-8

Rubrik: Kommentare

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 29.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Frost über Amerika

Kongress und Kirche über die Atomrüstung

«Freeze»

Die Bewegung, welche einen Stopp für die Produktion, das Testen und das Stationieren von Nuklearwaffen verlangt, hat zwei beträchtliche Erfolge errungen, aber gleichzeitig ihre Schwächen offenbart. Das Repräsentantenhaus und die Konferenz der römisch-katholischen Bischöfe haben getrennt Resolutionen angenommen, die dem Rüstungswettlauf Einhalt gebieten sollten. Beide Resolutionen sind unverbindlich. Diejenige des Repräsentantenhauses müsste vom Senat gutgeheissen und vom Präsidenten unterzeichnet werden – wofür so gut wie keine Aussichten bestehen –, wenn sie in Rechtskraft treten sollte. Die Resolution der römisch-katholischen Bischöfe ist in die Form eines Hirtenbriefs gekleidet, welcher die Gläubigen aufklären und unterweisen soll. Niemand wird mit einer Kirchenstrafe belegt, exkommuniziert, wenn er den Richtlinien der Bischöfe nicht Folge leistet. Beide Entscheide kamen nach langen Diskussionen durch Abstimmungen zustande. Das Repräsentantenhaus nahm mit 278 gegen 149 Stimmen eine gegenüber der ursprünglichen Fassung stark verwässerte Resolution an. Die katholischen Bischöfe stimmten mit 238 gegen 9 Stimmen der dritten Fassung des Hirtenbriefs zu, nachdem ungefähr 500 Zusatzanträge behandelt worden waren.

288 Bischöfe hatten an der Konferenz teilgenommen, aber nur 247 gaben ihre Stimme ab.

In beiden Fällen zeigte sich, dass die Idee, der weiteren Ausbreitung der Nuklearwaffen Einhalt zu gebieten, weitherum Anklang fand. Sobald die Möglichkeiten einer Verwirklichung betrachtet wurden, begannen sich die Geister zu scheiden. Die Gegner der Nuklearrüstung hatten ein zügiges Schlagwort gefunden: «Freeze.» «Freeze!» ruft der Polizist mit dem Revolver in der Hand dem Bösewicht zu, den er auf frischer Tat ertappt hat. Ausser dem Repräsentantenhaus und der Bischofskonferenz haben mehrere Gemeinden und Staaten und eine Anzahl von Kirchen und Vereinen «Freeze»-Resolutionen gutgeheissen. Die 15 000 Mitglieder zählende American Historical Association wurde von ungefähr achtzig Nuklearfeinden überrumpelt, die in einer sonst kaum besuchten Geschäftssitzung durch Mehrheitsbeschluss die ganze Gesellschaft auf den «Freeze» festlegten. Diese Resolution hätte der gesamten Vereinigung zu schriftlicher Abstimmung unterbreitet werden können; aber der Vorstand verzichtete auf diese demokratische Methode und beugte sich dem kleinen Häuflein der Aktivisten. Ähnliche Vorgänge waren in andern Organisationen zu verzeichnen.

Rüstungsverzicht auf Gegenseitigkeit

In allen «Freeze»-Resolutionen wird ein gegenseitiges und verifizierbares Einfrieren der Nuklearwaffen mit späterer Reduktion ihrer Zahl verlangt. Die Befürworter gehen also von der Annahme aus, dass nicht nur die Vereinigten Staaten sondern auch die Sowjetunion auf eine weitere Reduktion und Stationierung von Nuklearwaffen verzichten würden, und zwar einerseits ohne Verzug und andererseits unter Zustimmung zu Kontrollen, welche Moskau bisher abgelehnt hatte.

Zwei der Anwärter auf die Nomination der Demokraten zum Präsidentschaftskandidaten, Mondale und Cranston, versprechen, sie wollten so- gleich nach der Wahl mit Andropow in Genf oder anderswo zusammenkommen. Sie sind überzeugt, dass dieser ihren Wünschen Folge leisten würde. Kein Kulakenmord, keine Schauprozesse, keine Genozide, keine Gebiets- eroberungen, kein Gulag können einen wesentlichen Teil der Amerikaner vom Glauben abbringen, dass die Sowjets und ihre Regierung Leute wie sie seien, die nur den Frieden wünschten und leicht zur Vernunft gebracht werden könnten nach dem Prinzip: «Mi muess halt rede mitenand.»

Die Versuche der Regierung Reagan, eine Reduktion der Rüstungen zu bewirken, welche in vier Verhandlungsgremien vorangetrieben werden, nämlich in Wien über die konventionellen Waffen in Zentraleuropa (MBFR), und in Genf über die allgemeine Rüstung in der UNO-Kommission, über die Mittelstreckenwaffen (INF) und über die strategischen Waffen (START) werden kaum beachtet.

Die Amerikaner sind ungeduldig und büssen deshalb nicht selten Verhandlungsvorteile ein. Fred Charles Iklé weist in seinem Buch «Strategie und Taktik des diplomatischen Verhandeln» (C. Bertelsmann Verlag. Gütersloh 1965) auf die Eigentümlichkeit hin, dass die Amerikaner unter sich neue Positionen aushandeln, wenn der Gegner fest bleibt, und er wirft die Frage auf: «Wenn amerikanische Funktionäre zwischen der amerikanischen und der sowjetischen Position vermitteln, während die russischen Beamten die Position ihrer Regierung als unumstösslich verteidigen, wer bleibt dann zur Verteidigung der amerikanischen Position übrig?» (p. 163). Iklé betont auch: «Da sich die Welt immer ändert, kann die Aufrechterhaltung des Status quo in einer isolierten Streitfrage – aus einem anderen Gesichtspunkt betrachtet – als Gewinn oder Verlust erscheinen» (p. 180). Die Rüstungsexperten der Regierung Reagan, zu denen Iklé als «dritter Mann» im Verteidigungsministerium und ehemaliger Direktor des Rüstungskontroll- und Abrüstungsamtes gehört, sind überzeugt, dass ein Einfrieren der Nuklearwaffen auf dem heutigen Stand den Sowjets eine dauernde Überlegenheit sichern würde, dass diese im kommenden Jahr die Amerikaner auch in der Zahl der Sprengköpfe überholen könnten, in der Moskau bis jetzt noch einen Rückstand aufweist.

Alte und neue Waffen

Die Mehrheit des Repräsentantenhauses geht davon aus, dass gegenwärtig im wesentlichen ein Gleichgewicht

zwischen den Nuklearstreitkräften der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion herrsche. Diese Hypothese steht und fällt mit der Zählung der Abschussvorrichtungen, der Sprengköpfe, der Nutzlast der Träger, der Zielgenauigkeit und nicht zuletzt dem Alter der Waffen. Die B-52-Bomber der Vereinigten Staaten sind über zwanzig Jahre alt oder älter. Sie waren für Angriffe in grosser Höhe gebaut, sollen aber nur im Tiefflug die Radareinrichtungen des Gegners unterlaufen. Seit 15 Jahren haben die Vereinigten Staaten keine neuen Interkontinentalmissile in Dienst gestellt, sondern nur einen Teil der alten mit neuen Mehrfachsprengköpfen ausgerüstet. Alte Interkontinentalmissile und Polarisunterseeboote werden abgewrackt. Über tausend taktische Nuklearwaffen sind aus Europa zurückgezogen worden, ohne dass eine Gegenleistung von der Sowjetunion erwirkt worden wäre. Drei Viertel der amerikanischen Sprengköpfe sitzen auf Missilen, Unterseebooten oder Bombern, die über 15 Jahre alt sind. Drei Viertel der sowjetischen Sprengköpfe stehen auf Abschussvorrichtungen, die weniger als fünf Jahre alt sind.

Die Resolution des Repräsentantenhauses nimmt Unterseeboote von dem «Freeze» aus. Sie verlangt den Verzicht auf Waffen mit einem Erstschlagpotential, d. h. auf die MX-Missile, deren Zahl Reagan im Vergleich zu Carters Plänen schon auf die Hälfte reduziert hat. Das Repräsentantenhaus fordert ferner Inspektionen am Ort, obwohl gerade das die gewünschten Verhandlungen mit der Sowjetunion zum Scheitern bringen könnte. Sofern in einer bestimmten Frist keine Einigung zustande käme,

würde der «Freeze» wieder aufgehoben. Die INF- und START-Verhandlungen in Genf sollten zusammengelegt werden.

Die Resolution enthält widerspruchsvolle Bestimmungen. Kein Waffensystem, über dessen Einfrieren sich die beiden Parteien nicht einigen können, soll eingefroren werden. Die Verhandlungen sollen nichts enthalten, was die Fähigkeit der Vereinigten Staaten, die Freiheit zu erhalten, beeinträchtigen könnte. Die Aufrechterhaltung und die Glaubwürdigkeit der Abschreckung soll nicht geschmälert werden. Modernisierung und Stationierung von Nuklearwaffen wären erlaubt bis zur Ratifikation des «Freeze»-Vertrags zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion. Die «Washington Post», die sonst wahrlich keine Rüstungsfreude an den Tag legt, schreibt dazu redaktionell: «Sie (die Resolution) ist unpräzise und wahllos in ihrer Tragweite, sehr schwierig auszuhandeln, und sie hat die Tendenz, eine unilaterale Abrüstung zu ermutigen.»

Vetodrohung des Präsidenten

Die Demokraten hatten geglaubt, die «Freeze»-Resolution im Handumdrehen durchbringen zu können, nachdem sie 1982 nur mit zwei Stimmen unterlegen war und seither die demokratische Mehrheit nach den Wahlen im November einen Zuwachs von 26 Repräsentanten erhalten hat. Die Diskussion zog sich jedoch über sieben Wochen hin. Die grosse zustimmende Mehrheit kam schliesslich zustande, weil eine Anzahl Gegner der ursprünglichen Fassung den widerspruchsvol-

len Kompromiss als unschädlich betrachtete, um so mehr als noch die Hürden des Senats und des Weissen Hauses blieben.

Reagan kritisierte die Resolution des Repräsentantenhauses und machte klar, dass er notfalls von seinem Veto-recht Gebrauch machen würde. Am 31. März erklärte der Präsident: «Das Freeze-Konzept ist aus verschiedenen Gründen gefährlich. Es würde das heutige hohe, ungleiche und instabile Niveau der Nuklearstreitkräfte bewahren und dadurch den Ansporn für die Sowjets vermindern, über echte Reduktionen zu verhandeln. Es würde unsern Unterhändlern in Genf den Teppich unter den Füßen wegziehen.» Mit dem Hirtenbrief der römisch-katholischen Bischöfe ging Reagan milder um. Er versicherte, er sei ebenso wie die hohe Geistlichkeit für den Frieden.

Die Strategie der katholischen Bischöfe

Die Bischöfe setzen sich eingehend mit der Theorie des «gerechten Kriegs» auseinander, die über Thomas von Aquino bis zu Augustinus zurückgeht. Sie lassen dabei die Möglichkeit ausser acht, dass sie durch die Satzung der Vereinten Nationen überholt worden ist, welche Regeln zur Verhinderung von militärischen Auseinandersetzungen aufstellt. Sowohl die katholische Doktrin wie die Satzung der Vereinten Nationen haben «ungerechte Kriege» nicht verhindert.

Die Bischöfe werfen in diesem Zusammenhang die Frage auf, ob das Wettrüsten an sich nicht schon eine unverhältnismässige Reaktion auf eine

Aggression sei. Sie betonen, dass ein absichtlicher direkter Angriff auf Zivilisten und auf nichtmilitärische Ziele verboten sei. Damit wäre das ganze System der Mutual Assured Destruction (MAD), das die Grundlage der amerikanischen Abschreckung bis Mitte der siebziger Jahre bildete, zu verwerfen. Die politische Linke, darunter ein wesentlicher Teil der Demokraten, hat sich immer der neuen Zielplanung widersetzt, welche zuerst vom damaligen Verteidigungsminister James Schlesinger eingeführt wurde, um militärischen Zielen den Vorrang zu geben. Die gleichen Kreise kritisierten die Bemühungen, eine bessere Treffsicherheit für Nukleargeschosse zu erreichen, weil dadurch angeblich die Kriegsgefahr erhöht würde. Sie sehen sich jetzt durch die Bischöfe desavouiert.

Kein legitimer Nuklearkrieg

Die Bischöfe «weigern sich, die Idee eines nuklearen Kriegs zu legitimieren». Sie wollen «eine Sperre gegen das Konzept des Nuklearkriegs als mögliche Strategie für die Verteidigung aufbauen». Sie verwerfen die Theorie von einem «gewinnbaren Nuklearkrieg», die die sowjetische Literatur, nicht aber die amerikanische beherrscht, die jedoch nach Auffassung der Kirchenführer in Reagans Regierung herumspukt. Ebenso halten die Bischöfe die Möglichkeit, einen Nuklearkrieg zu überleben, als unrealistisch. Der Zivilschutz, wie er in der Schweiz, in Schweden, in der Sowjetunion und in China aufgebaut wird, wäre demnach nutzlos. Die Vorstellung, dass sich ein Nuklearkrieg über

längere Zeit hinziehen könnte, wird von den kirchlichen Strategen ebenfalls abgelehnt.

Das Episkopat stellt dann eine Anzahl von Regeln auf. Unter keinen Umständen dürften Nuklearwaffen zur Zerstörung von Bevölkerungszentren eingesetzt werden, und zwar auch nicht zu Vergeltungsschlägen nach der Vernichtung der eigenen Städte. Rückwirkend müssten konsequenterweise auch die Flächenbombardierungen des Zweiten Weltkriegs in Deutschland und in Japan verurteilt werden. Der Ersteinsatz von Nuklearwaffen – zu unterscheiden von dem Erstschlag, welcher sich gegen die Offensivwaffen des Feindes richten würde, wird verpönt.

Die Bischöfe schreiben in ihrem Hirtenbrief: «Wir können uns keine Situation vorstellen, in welcher der vorsätzliche Beginn der nuklearen Kriegführung, selbst in beschränktem Umfang, moralisch gerechtfertigt werden könnte... Wir beurteilen den Rückgriff auf nukleare Waffen zur Abwehr einer konventionellen Attacke als moralisch nicht zu rechtfertigen.» Das Episkopat betont, dass es den Ersteinsatz von Nuklearwaffen nicht akzeptiert und dass es ebenso die Möglichkeit eines beschränkten Nuklearkriegs ausschliesst. Jeder Einsatz von Nuklearwaffen würde die legitime Notwehr überschreiten, die sonst zugelassen wäre.

Das Episkopat lehnt die Abschreckung als langfristige Grundlage für die Erhaltung des Friedens ab. Sie müsste durch eine andere Politik ersetzt werden. Immerhin ist festzustellen, dass die Abschreckung seit 1945 die Welt zwar nicht vor vielen kleinen, aber doch vor einem grossen Krieg zwi-

schen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten, mit Europa in der Mitte, bewahrt hat. Die Bischöfe möchten die Abschreckungsmittel auf ein Minimum beschränken. Das Streben nach Überlegenheit müsse verworfen werden. Waffen vom Typ der MX sollten nicht hergestellt werden, ebenso Rüstungsmaterial, welches die beschränkte Funktion der Abschreckung überschritte oder die Schwelle zwischen konventionellen und nuklearen Waffen verwischte.

«Halt» den neuen Waffensystemen

Nach vielen Seiten gelangen die Bischöfe zum Hauptpunkt. Sie fordern sofortige bilaterale und verifizierbare Abkommen über den «Halt» von Tests, Produktion und Stationierung von neuen Nuklearwaffensystemen. Tiefe Abstriche in den Arsenalen beider Supergrossmächte sollten vollzogen werden. Ein umfassendes Verbot aller Nukleartests wäre zu vereinbaren. Zwei Verträge über das Verbot der unterirdischen Tests, die allein noch erlaubt sind, harren der Ratifikation. Alle Parteien sollen die taktischen Nuklearwaffen beseitigen. Sämtliche Nuklearwaffen sollen aus den Zonen entfernt werden, wo sie zu Beginn eines Krieges überrannt werden könnten.

Das Verbot des Aufstellens neuer Waffen wie der Cruise-Flugkörper und der Pershing II zusammen mit der Beseitigung aller taktischen Nuklearwaffen käme praktisch einer «Entnuklearisierung» der Bundesrepublik Deutschland gleich und könnte die Gefahr eines Angriffs von seiten der Sowjetunion und ihrer Hilfsvölker

steigern. Die Bischöfe erwähnen das nicht; aber sie empfehlen, dass man sich der durch die Vorsehung bestimmten Fürsorge, der Macht und dem Wort Gottes anvertrauen solle.

Der Hirtenbrief befürwortet beschleunigte Abrüstungsverhandlungen und ganz besonders erste Schritte beider Seiten. Die Reduktion in der Zahl der konventionellen Waffen sollte Hand in Hand gehen mit dem Abbau des Verlasses auf die nukleare Abschreckung. Obwohl die Bischöfe vorher das Überleben in einem Nuklearkrieg als aussichtslos bezeichnet hatten, verlangen sie in einem späteren Abschnitt einen Ausbau des Zivilschutzes gegen nukleare Angriffe durch die Konstruktion von Schutzräumen und durch Evakuierungspläne. Ebenso kommen die Bischöfe auf das Recht zur Notwehr zurück, das nach seiner Einschränkung am Anfang des Hirtenbriefs in einem späteren Abschnitt ausdrücklich garantiert wird.

Den Katholiken wird ausdrücklich die «Option des Pazifismus» zugestanden, und zwar bis zur Notwendigkeit, lieber zu sterben als zu töten. Damit würde logischerweise die Dienstverweigerung oder sogar die Befehlsverweigerung im Kriegsfall gutgeheissen. Dieser Konsequenz weicht jedoch der Hirtenbrief in einem anderen Abschnitt aus. Er erlaubt auch die Arbeit in der Rüstungsindustrie. Er verlangt ausdrücklich Loyalität gegenüber dem Heimatland.

Das Episkopat gibt schliesslich zu, dass eine sowjetische Drohung und ein imperialistischer Drang Moskaus zur Hegemonie bestehen. Doch auch die amerikanische Regierung sei nicht perfekt; sie habe manchmal repressive Regime unterstützt und widerliche Ge-

heimoperationen unternommen, ausserdem zu Hause die Rechtsgleichheit für alle nicht durchgesetzt. Äpfel werden da mit Orangen verglichen. Der Hirtenbrief warnt vor der «Falle des Antisowjetismus». «Das sowjetische Volk und seine Führer sind menschliche Wesen, die nach dem Bilde und der Ähnlichkeit Gottes geschaffen worden sind.»

Ungleiche Stimmen von der Kanzel

Der Hirtenbrief wird nun zur Interpretation den Geistlichen, Lehrern, Wissenschaftern und Eltern überlassen. Wie aus der Bibel kann vieles aus dem 150 Seiten langen Hirtenbrief herausgelesen werden. Erzbischof Hickey von Washington, D.C., äusserte sich an einer Pressekonferenz in einer Weise, die man kaum anders als Forderung entweder nach amerikanischen Vorleistungen oder gar nach einem einseitigen Verzicht auf Atomwaffen auslegen konnte. Bischof Dingman von Des Moines (Iowa) meint, die Kirche sei daran, sich von der Theorie des «gerechten Kriegs» zum Pazifismus vorwärts zu bewegen. Während des Vietnamkriegs sei sie zu spät gekommen. Bischof Gumbleton von Detroit, eine wichtige Stimme in der «Freeze»-Bewegung, sieht einen Erfolg für diese. Erzbischof Matthiesen von Amarillo (Texas) überbietet den Hirtenbrief, indem er Rüstungsarbeiter auffordert, eine andere Stelle zu suchen. Erzbischof Quinn von San Francisco bezeichnet jede Verwendung von Nuklearwaffen als moralisch verwerflich; er ruft die Katholiken in den Streitkräften auf, das Abfeuern von Nuklearwaffen zu verwei-

gern. Bischof Lessard von Savannah freut sich über die Kritik am «Legendenmachen über Russland». Denkt er an Solschenyzin?

Bischof Head von Buffalo warnt dagegen, dass der Hirtenbrief der amerikanischen Bischöfe ihren europäischen Brüdern als unannehmbar erscheine. Er ist in der Tat schwer vereinbar mit den entsprechenden Texten der deutschen und der französischen Bischöfe, und es gibt Anzeichen dafür, dass er auch dem Vatikan zu weit geht. Kardinal-Erzbischof Bernardin von Chicago, Vorkämpfer für eine «Friedenskirche», Vorsitzender der Kommission, welche den Hirtenbrief ausarbeitete, spricht in seinen Kommentaren einmal, als ob er eine *Treuga Dei*, einen Gottesfrieden wie im elften Jahrhundert, anstrebe, ein andermal, als ob es nur um das Verbot der Armbrust – nur gegen Christen – durch das Laterankonzil von 1139 gehe. Die alles andere als rüstungsfanatische «New York Times» wirft den Bischöfen deshalb in einem Leitartikel vor, ihr Hirtenbrief enthalte «Zweideutigkeiten, Widersprüche und zweifelhafte politische Ratschläge»; er verschmelze «Theologie, Moral, Strategie und Politik». Die Bischöfe unterminierten die Abschreckung, und sie verfestigten die gegenwärtigen nuklearen Unstabilitäten.

Während sich Repräsentanten und Bischöfe im Laufe ihrer Diskussionen von andern Gruppen abgrenzten und sich bis zu einem gewissen Grade klar machten, was für ein Ziel sie anstrebten, ist das bei der «Graswurzelbewegung» im Volk nicht der Fall. Dort wird der «Freeze» nicht näher definiert; das Schlagwort genügt. Viele Anhänger der Bewegung marschieren

nicht nur gegen die Nuklearrüstung, sondern überhaupt gegen die Entwicklung der Nuklearenergie. Millenaristische Existenzangst bewegt sie. Wie einst im Mittelalter die Pest die Menschheit zu vernichten schien, so droht am Ende des zweiten Jahrtausends nach Christi Geburt die Vernichtung des gesamten Erdballs durch ungezügelt Atomkraft. Die Massen sind ungeordnet. Falsche Propheten machen sich zum Nutzniesser des von tiefer Unruhe aufgewühlten Zeitgeistes. Politiker, wie der berechnende Edward Kennedy und der naivere Mark Hatfield, machen sich die Stimmung zunutze. Kennedy versucht, sich eine politische Plattform aufzubauen, wo Chappaquiddick und andere Skandale vergessen würden. Vielleicht hofft er, dass schon 1984 ein uneiniger Parteikonvent der Demokraten ihn in San Francisco auf den Schild erheben werde. Sonst bleibt immer noch 1988 oder 1992.

Einseitige Leistungen

Die Politiker wollen der Regierung Reagan eine neue Verhandlungstaktik gegenüber den Sowjets aufzwingen, während sie gleichzeitig die Erneuerung der amerikanischen Nuklearwaffen unterbinden und eine Nachrüstung verhindern. «Rolling Stone», eine linksorientierte Zeitschrift, spricht offen aus, was andere mit rhetorischen Floskeln verhüllen: Reagans «bargaining chips» sollen weggenommen werden. Frau Randall Forsberg, eine Führerin der «Freeze»-Bewegung, verlangt amerikanische Vorleistungen, nämlich das Einstellen aller Tests, damit auch Moskau den guten Willen

zur Abrüstung zeigen müsse. Eine Tagung der «Freeze»-Bewegung, an der ein wesentlicher Teil der über 1500 Gruppen teilnahmen, die an dieser Aktion mitwirken, forderte am 6. Februar 1983 in St. Louis den Verzicht auf Cruise-Flugkörper und Pershing II, weigerte sich aber, von der Sowjetunion ein Gegenrecht für den amerikanischen «Freeze» zu verlangen.

Jimmy Carter berichtet, dass er 1978 Breschnew einen «Freeze»-Vorschlag unterbreitet habe, dass dieser ihn jedoch ablehnte, ebenso wie einen Plan zum Gewaltverzicht in Europa im folgenden Jahr. Breschnew rühmte schon 1979, dass die Sowjetunion die Parität mit den Vereinigten Staaten erreicht habe, als sie 800 Sprengköpfe auf Mittelstreckenraketen aufgestellt hatte, die Amerikaner noch keine. Gromyko versicherte am 3. April 1983, die Gleichheit sei erreicht; die Sowjets hatten nun 1300 Sprengköpfe, die Amerikaner Null auf Mittelstreckenwaffen. Breschnew erklärte im März 1982 ein Moratorium für Mittelstreckenwaffen, aber ein Jahr später waren diese auf 351 angestiegen, wobei nur die SS-20 mit je drei Sprengköpfen, nicht die älteren SS-4 und SS-5 mit je einem Sprengkopf gezählt werden. Im Oktober 1982, am 8. Februar 1983 und am 5. Mai 1983 haben die Sowjets neue Missile erprobt – nach ihrer Darstellung nur verbesserte alte Modelle. Vier neue sowjetische Missile und ein neuer Bomber stehen nach amerikanischen Angaben in Entwicklung.

Prominente Amerikaner, darunter solche die für den Vietnamkrieg und die amerikanische Niederlage eine schwere Verantwortung mittragen, wie Robert McNamara und McGeorge

Bundy, fordern am Rande der «Freeze»-Bewegung den Verzicht auf einen Ersteinsatz von Nuklearwaffen, ferner den Abbau der Rüstungsausgaben um 135 Milliarden Dollar in den nächsten fünf Jahren. Senator Biden und 14 andere Senatoren postulieren den Abzug aller taktischen Nuklearwaffen aus Europa. Der Rüstungsspezialist Earl Ravenal setzt sich für ein Zurückholen aller amerikanischen Truppen aus Europa ein. Andere Angriffe richten sich gegen die MX, für die kein überzeugender Stationierungsmodus gefunden worden ist, gegen die B-1-Bomber, gegen die Neutronengeschosse, gegen die Trident-D-5-Missile, ja sogar die neuen Panzer und Schützenpanzer.

Heterogene Protestbewegung

In der «Freeze»-Bewegung haben Gegner der Atomrüstung oder einzelner Wehrbestandteile oder Pazifisten, die es immer gab – man denke an die Quäker oder Mennoniten – ein Dach gefunden. Nicht überraschen kann, dass sich Kommunisten und alternde Vertreter der Neuen Linken der sechziger Jahre ebenfalls dort eingenistet haben. An der Jahrestagung der American Historical Association wurde dargestellt, wie die Atomgegner in den sechziger Jahren von der Bildfläche verschwanden. Sie hatten sich dem Kampf gegen den Vietnamkrieg gewidmet. Als dieser mit dem Einzug der nordvietnamesischen Armee in Saigon 1975 ein Ende gefunden hatte, begannen sie sich gegen die Atomkraftwerke und dann gegen die Nuklearrüstung neu zu organisieren. Sie fanden Zulauf von seiten der mehr

und mehr politisierten Umweltschützer, die verhinderten, dass seit 1960 auch nur eine einzige neue Erdölraffinerie an der Ostküste der Vereinigten Staaten gebaut worden ist, und die sich gegen jede Entwicklung neuer Energiequellen, mit Ausnahme der Sonnenenergie, auflehnen. Isolationisten in neuem Gewand gesellen sich zu ihnen.

Wie weit die Kommunisten in der «Freeze»-Bewegung eine Rolle spielen, ist schwer auszumachen. Nichts ist in den Augen der massgebenden Zeitungen und vieler Intellektueller schlimmer als sich dem Anwurf auszusetzen, ein Antikommunist zu sein. Selbst bekannte Kommunisten wie Angela Davis, 1980 Kandidatin der Kommunistischen Partei für das Amt des Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten, wird von den grossen Zeitungen nie als Kommunistin, sondern immer als «Black activist» bezeichnet, obwohl sie sich nicht in erster Linie um die Schwarzen kümmert. Trotzlisten inbegriffen wird allen Radikalen der Name «Liberal» zugebilligt, den einmal Hubert Humphrey und Henry Jackson – und nicht zu vergessen Ronald Reagan, Mitglied der Americans for Democratic Action und Präsident der Filmschauspielergewerkschaft, die zu der AFL-CIO – für sich in Anspruch nehmen konnten.

Das FBI hat eine Untersuchung mit der Feststellung abgeschlossen, dass es keinen bestimmenden sowjetischen Einfluss in der «Freeze»-Bewegung habe finden können. Die Frage war so falsch wie nur möglich gestellt; die Sowjets sind nicht so ungeschickt, dass sie ihre Prominenz vorschicken, um insgeheim Amerikaner zu organisieren. Nach den Angriffen zur Zeit des Watergateskandals wurden die Polizei-

organisationen so verschreckt, dass sie ihre Dossiers vernichteten. Bei der Ernennung von Arthur Burns und von John D. Lodge zu Botschaftern in Bonn und in Bern gingen junge FBI-Leute von Haus zu Haus, um zu fragen, ob diese ehrlich und sauber seien; sie sind beide seit Jahrzehnten bekannt und haben dem Staat gedient. Dem FBI war das jedoch offenbar neu. Die befragenden Bundespolizisten kennen oft nicht einmal mehr die Namen verschwundener Ämter, die einst wichtige Funktionen ausübten. Noch weniger sind sie vertraut mit den radikalen Organisationen.

Unbestritten ist, dass der U.S. Peace Council ein Ableger des von Moskau organisierten Weltfriedensrates ist und in der «Freeze»-Bewegung mitwirkt. Michael Meyerson, Mitglied der Politischen Kommission der Kommunistischen Partei, leitet den amerikanischen Friedensrat. Dieser war im Organisationskomitee für die grosse Friedensmanifestation vom 12. Juni 1982 in New York mit einem Mitglied vertreten. Dazu kamen vier weitere Mitglieder der Kommunistischen Partei oder Fellow travellers unter andern Titeln. Zwei Frauenvereinigungen – Women's Strike for Peace und Women's International League for Peace and Freedom – folgen so oft der Parteilinie der Kommunisten, dass sie ebenfalls unter die Fellow travellers eingereiht werden können. Auf diese Elemente der Linken wird jeweils Rücksicht genommen, auch wenn sie nicht die Führung der Bewegung übernommen haben. Ebenso wichtig wie die Befehle sind die Einflüsterungen. Das Hin- und Herpendeln der Leiter der «Freeze»-Bewegung über den atlantischen Ozean zeigt, dass sie ihre Inspirationen

nicht im stillen Kämmerlein suchen. Randall Forsberg pilgerte nach Moskau, aber sie erklärt nun offen, dass der U.S. Peace Council eine prosovjetsche Organisation sei, was sie nicht hindert, mit ihm zusammenzuarbeiten. Ein Licht auf die Einseitigkeit der amerikanischen Friedensbewegung wirft die Tatsache, dass gerade am Tag der grossen Manifestation in New York, am 12. Juni 1982, Schergen Andropows die Führer der winzigen Friedensbewegung in Moskau verhafteten.

Reagans Politik als Zielscheibe

Reagan hat zwar oft harte Töne gegenüber den Sowjets angeschlagen. Als er sie als «Herd des Übels» bezeichnete, erschauerten die Schreiber der grossen Zeitungen an der Ostküste. Aber seine Äusserungen sind nicht die Ursache für das Ausbreiten der «Freeze»-Bewegung im Volk, in den Kirchen und im Kongress. Seine Aussenpolitik liess der Entwicklung sehr viel freien Raum, weil er sich nur sporadisch zu Aktionen aufraffte und diese selten konsequent weiterführte. In einem Pseudovakuum konnte sich eine Opposition entwickeln, deren Ziel es ist, die in den Jahren 1978 bis 1980 aufgekommene Abwehrbewegung gegen den in Afghanistan, Südjemen, Äthiopien, Angola, von Kuba aus in Nicaragua, Grenada und Surinam vor-

stossenden Sowjetimperialismus, die Reagan ans Ruder brachte, wieder abzubremsten. Wo sich die Regierung eine Blösse gibt, sei es bei der Umweltschutzagentur oder beim Amt für die Abrüstung stossen sogleich Oppositionelle vor, um zwar nicht die Regierung zu stürzen, was sie nur im Falle Nixon zu tun vermochten, aber wenigstens um ihr einen neuen Kurs aufzuzwingen.

Reagan möchte man die fünf Lehrsätze von Sun Tzu, dem chinesischen Clausewitz, in Erinnerung rufen: «1. Der wird siegen, der weiss, wann zu kämpfen und wann nicht zu kämpfen; 2. der wird siegen, der weiss, wie sowohl übermächtige wie unterlegene Kräfte zu behandeln sind; 3. der wird siegen, dessen Armee in allen Graden vom gleichen Geist erfüllt ist; 4. der wird siegen, der, selbst vorbereitet, abwartet und den Gegner unvorbereitet fasst; 5. der wird siegen, der die militärische Fähigkeit hat und dessen Souverän sich nicht einmischt.»

Reagans Politik wird bedroht durch das Fussvolk der «Freeze»-Bewegung, die Kirchen, die ihr folgen und den Kongress, der Kompetenzen der Exekutive an sich reisst. Während sich Reagan in den ersten zwei Jahren auf Budgetreformen konzentrierte und dabei beachtenswerte Erfolge errang, entglitten ihm in der Aussenpolitik die Zügel, die er nun wieder straff ziehen müsste.

Hans E. Tütsch

Wo steht China heute?

Wenn alles planmässig verläuft, wird China noch vor Beginn der zweiten Jahreshälfte einen Staatspräsidenten, einen «Vorsitzenden der Volksrepublik» haben. Auf der 5. Tagung des V. Nationalen Volkskongresses (NVK), die vom 26. November bis zum 10. Dezember 1982 in Beijing stattfand, wurde nämlich beschlossen, die verfassungsmässig vorgesehenen Wahlen für die Abgeordneten zum VI. NVK vor Ende April 1983 durchzuführen; und seit Monaten ist bekannt, dass die erste Sitzung des VI. NVK im Mai oder Juni 1983 abgehalten werden soll, auf der die Abgeordneten «den Staatsvorsitzenden Chinas und andere Staatsführer» wählen müssen.

Im Gegensatz zu den beiden Verfassungen von 1975 und 1978 und in Übereinstimmung mit der Verfassung von 1954 enthält die neue Verfassung vom 4. Dezember 1982 wieder Bestimmungen über einen Vorsitzenden (und einen Stellvertretenden Vorsitzenden) der Volksrepublik (VR).

Liu Shaoqi hatte das Amt des Staatspräsidenten 1959 von Mao Zedong übernommen und bis zu seiner Entmachtung im Herbst 1968 bekleidet. Seine Stelle wurde darauf nicht mehr besetzt, auch nach seinem Tod nicht im Jahre 1969. Als Staatsoberhaupt fungierte seither nötigenfalls einfach der Vorsitzende des Ständigen Ausschusses des NVK. Das war bis vor kurzem der greise Marschall Ye Jianying, seit dem XII. Parteikongress Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros, der allerdings nicht mehr kandidieren wird und dessen

Aufgaben seit einiger Zeit im wesentlichen von Peng Zhen, einem drei Jahre jüngeren und erheblich rüstigeren, aber ebenfalls über 80jährigen Spitzenpolitiker wahrgenommen werden.

Peng Zhen war von 1951 bis 1966 Bürgermeister von Beijing, wurde dann ein Opfer der «Kulturrevolution» (1966 bis 1976), ist inzwischen rehabilitiert worden und ist heute Mitglied des Politbüros und einer der Stellvertretenden Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses des NVK. Als Stellvertretender Vorsitzender der Kommission für die Revision der Verfassung hat er sich 1982 erneut einen Namen gemacht. In seinem Bericht über den Verfassungsentwurf, den er am 26. November 1982 dem NVK erstattete, begründete er die Wiedereinführung der Ämter des Vorsitzenden und des Stellvertretenden Vorsitzenden des Staates mit den Worten: «Die Praxis seit der Gründung der Volksrepublik China belegt, dass diese Ämter für die Vervollkommnung des Staatssystems notwendig sind und auch den Gewohnheiten und Wünschen der Volksmassen aller Nationalitäten unseres Landes besser entsprechen.»

Wer zum Staatsoberhaupt gewählt werden wird, ist zur Zeit der Niederschrift dieser Zeilen – zumindest Aussenstehenden – nicht bekannt. Chinesischerseits war diesbezüglich lediglich in Erfahrung zu bringen, dass diese Frage – neben der Restrukturierung der Regierungsorgane unterhalb der Zentralregierung – als ein Haupttraktandum für 1983 betrachtet

wird. Wir dürfen jedoch annehmen, dass die Zahl der Kandidaten, die für dieses Amt in Betracht kommen, relativ klein ist. Sie werden sich wohl aus den Mitgliedern des Politbüros, wenn nicht sogar aus dem noch kleineren Gremium seines Ständigen Ausschusses rekrutieren. Pengs Wahl wäre im ersten Fall keineswegs auszuschließen und im zweiten Fall Dengs nicht. Doch, wer immer auch gewählt werden wird, bedarf der Zustimmung von Deng Xiaoping und seinen Gefolgsleuten.

Vor sieben Jahren, am 7. April 1976, wurde Deng Xiaoping auf Vorschlag Mao Zedongs aller Ämter innerhalb und ausserhalb der Partei entbunden. Ein halbes Jahr später, am 7. Oktober 1976, wurde Hua Guofeng als Nachfolger Maos zum Parteivorsitzenden ernannt. Deng schien weit von den Hebeln der Macht entfernt zu sein. Doch bereits im Juli 1977 sass er wieder im Politbüro; und seit dem 3. Plenum des XI. Zentralkomitees (ZK) der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) vom 18. bis 22. Dezember 1978 beginnt sein China Gestalt anzunehmen, dem nun mit der Wahl des Staatsvorsitzenden der Schlussstein verpasst werden soll.

Doch was soll das heissen: «Dengs China»? Wie weit ist es von Maos China entfernt? Wo ist es heute zu orten? Wird mit der Wahl des Staatspräsidenten die Übergangszeit seit dem Tode Maos endgültig abgeschlossen sein? Ist das Vorhaben ein letzter Akt der Konsolidierung der neuen Führung? Ein Blick zurück wird erhellend wirken und zeigen, wie weit sich Chinas Entwicklungsspirale innerhalb einer relativ kurzen Periode gedreht hat.

Von Mao Zedong zu Hua Guofeng

Als Mao Zedong am 9. September 1976 starb, war Hua Guofeng theoretisch der mächtigste Mann in der VR China. Nach dem Tode von Zhou Enlai im Januar 1976 war er amtierender Premier und nach der Entmachtung von Deng im April war er Erster Stellvertreter des Parteivorsitzenden Mao geworden.

Mao hatte offenbar grosses Vertrauen in Hua, der eher links als rechts der Parteimitte zu stehen schien und sowohl Verständnis und Interesse für die Fortsetzung der Revolution als auch für die Modernisierung des Landes gezeigt hatte, der seines Erachtens für die Verhältnisse von damals wohl die richtige Mischung von «rot und sachkundig» hatte und damit besonders geeignet war, ein den Vorstellungen Maos entsprechendes revolutionäres und zugleich modernes starkes sozialistisches China zu schaffen.

Doch ohne den schützenden Mao war Hua kein mächtiger Mann, stand er doch mehr oder weniger zwischen der linken und rechten Front innerhalb der Partei, die seit Jahren heillos zerstritten war. Wenn er Nachfolger Maos werden wollte, musste er dies im Bunde mit andern tun, trotz seiner Amtsgewalt und obwohl er bereits seit Monaten im Besitz eines Zettels von Mao war, auf den der Parteivorsitzende geschrieben hatte: «Hast Du die Sache in der Hand, ist mir leicht ums Herz», eine Notiz, die ihn nach eigener Einschätzung als Nachfolger Maos legitimieren sollte.

Die Stunde der Entscheidung liess nicht lange auf sich warten. Marschall Ye Jianying, damals Stellvertretender Parteivorsitzender, wenn auch nicht

erster, und Verteidigungsminister, soll Hua Guofeng nach dem Tode Maos die Ausschaltung der Ultralinken, die später als «Viererbande» in die Geschichte eingehen sollte, nahegelegt haben. Hua fand den Vorschlag des Mentors, der den Ruf eines «Zentristen» hatte, vernünftig und liess die «Vier» am 6. Oktober 1976 verhaften (Jiang Qing, Maos Witwe, sowie drei Gefolgsleute aus Shanghai, Zhang Chunqiao, Yao Wenyuan und Wang Hongwen, die alle während der «Kulturrevolution» Karriere gemacht hatten). Diese vier Spitzenpolitiker verstanden sich ebenfalls als die wahren Treuhänder des Erbes von Mao und gefährdeten insofern Huas Ambitionen als auch sie entsprechende Ansprüche auf Machtpositionen in Partei und Staat erhoben.

Die Entmachtung der «Vier» – und ihrer Gefolgsleute – verhalf Hua zum entscheidenden Durchbruch. Am 7. Oktober 1976 wurde der amtierende Premier vom Rest der noch in Freiheit lebenden Mitglieder des Politbüros zum Parteivorsitzenden und zugleich zum Vorsitzenden der Militärkommission des ZK der KPCh gewählt.

Einen Tag später, am 8. Oktober 1976, beschloss das Politbüro, ein Mausoleum für Mao zu bauen und den fünften Band der «Ausgewählten Werke Mao Zedongs» herauszugeben sowie eine Gesamtausgabe von Maos Reden und Schriften vorzubereiten. Mit der Leitung dieser Arbeiten wurde Hua Guofeng beauftragt. Auf diese Weise bekannten sich Hua und die verbleibenden Mitglieder des Politbüros zu Mao Zedong und stellten die Fortsetzung seines Denkens und Handelns in Aussicht.

Bereits im April 1977 erschien der fünfte Band der «Ausgewählten Werke» Maos, und am ersten Jahrestag seines Todes wurde das Mao-Mausoleum in Beijing eingeweiht. Für Hua waren diese Ereignisse in Verbindung mit dem Vorantreiben der «Vier Modernisierungen» und den Beschlüssen des XI. Parteitages, der vom 12. bis 18. August 1977 stattfand und auf dem seine Stellung als Parteivorsitzender und als Vorsitzender der Militärkommission des ZK bestätigt wurde, Ausdruck für das konsequente Festhalten am Erbe Maos in theoretischer und praktischer Hinsicht.

Alles, was Hua unternahm, tat er im Namen Maos; er selbst posierte wie Mao und liess sein Porträt zusammen mit dem Bild seines Vorgängers im ganzen Lande verbreiten, in der Absicht, den Gedanken der Kontinuität zu veranschaulichen. Hua Guofeng betonte sowohl die Notwendigkeit der Fortsetzung des Klassenkampfes als auch die Modernisierung, zwei Anliegen, die auch Mao Zedong gehabt hatte.

In der Präambel der Verfassung vom 5. März 1978, die unter der Leitung Huas entworfen wurde, heisst es in dieser Beziehung:

«Mit dem siegreichen Abschluss der ersten Grossen Proletarischen Kulturrevolution sind die sozialistische Revolution und der sozialistische Aufbau unseres Landes in eine neue Etappe ihrer Entwicklung eingetreten. In Übereinstimmung mit der grundlegenden Linie der Kommunistischen Partei Chinas für die gesamte Geschichtsperiode des Sozialismus stellt sich dem chinesischen Volk in dieser neuen Etappe die allgemeine Aufgabe: Festhalten an der Weiterführung der Dik-

tatur des Proletariats, Entfaltung der drei grossen revolutionären Bewegungen Klassenkampf, Produktionskampf und wissenschaftliches Experimentieren, Aufbau Chinas noch in diesem Jahrhundert zu einem grossen und starken sozialistischen Land mit moderner Landwirtschaft, Industrie, Landesverteidigung und Wissenschaft und Technik.»

Auf den ersten Blick scheint Hua Guofeng tatsächlich ein getreuer Willensvollstrecker des Vermächtnisses von Mao Zedong gewesen zu sein; und in einem bestimmten Sinne ist er das auch gewesen. Unter ihm galt die Lösung der «Zwei Alle», d. h. «alle politischen Entscheidungen, die der Vorsitzende Mao Zedong getroffen hat, entschieden unterstützen, und alle Anweisungen, die er gegeben hat, unerschütterlich befolgen». Darunter kann konkret verstanden werden, die Entscheidung Maos, die «Kulturrevolution» durchzuführen, sei ebenso richtig gewesen wie seine Anweisung, in der Zukunft «Kulturrevolutionen» periodisch zu wiederholen.

Betrachtet man den Sachverhalt jedoch gründlich, dann steht zweifelsfrei fest, dass Hua nicht einfach Mao kopierte, sondern einen für ihn akzeptablen Mao. Das war ein Mao ohne die «Vier», ein Mao, der selbst niemals ultralinks war, ein Mao, der von der «Viererbande» getäuscht worden war, der man nun alle Ausschreitungen anlasten konnte und die, wenigstens kurz nach ihrer Verhaftung, praktisch für alles, was negativ beurteilt wurde, die Verantwortung zu übernehmen hatte, während Mao sakrosankt blieb.

Mao minus die «Vier» ergab indessen bereits eine verzerrte Repro-

duktion des Parteivorsitzenden, suggerierte einen Mao, der summa summarum den Klassenkampf und die Modernisierung in gleicher Weise betonte und retouchierte die ultralinken Züge des alternden Mao, der jahrelang den Gedanken des Klassenkampfes verabsolutiert hatte und aus diesen Gründen zum Schirmherr der Ultralinken wurde und ihre Machenschaften ermöglichte.

Dieses anscheinend nur leicht modifizierte Bild Maos und die Ausschaltung der Ultralinken genügten, um dem Verlauf der Geschichte Chinas eine neue Stossrichtung zu geben. Veränderungen waren in dreifacher Hinsicht festzustellen: 1. Für viele Chinesen bedeutete die Ausschaltung der «Vier» eine Art der Befreiung. Die Angst, zum Klassenfeind gestempelt zu werden, verringerte sich, der soziale und kulturelle Bereich belebten sich wieder behutsam. 2. Die Absicht, die Modernisierung ebenso ernst zu nehmen wie den Klassenkampf, führte in der Praxis zur Aufwertung von Sachkompetenz und von Leistung. 3. Die neue Situation begünstigte die Rückkehr von jenen Kräften, die von den Ultralinken verfolgt worden waren. Diese Strömung führte zur Rehabilitierung von Deng Xiaoping, den Hua noch nach der Verhaftung der «Vier» als einen «Rechtsabweichler» offiziell kritisieren liess. Dadurch wurde Hua in die Defensive gedrängt. Damit begann seine Entmachtung, die kaum Aufsehen erregte, weil sie schrittweise erfolgte. Zwischen 1980 und 1982 trat er als Premierminister zurück und stellte das Amt des Parteivorsitzenden und den Vorsitz der Militärkommission des ZK zur Verfügung. Seit dem XII. Parteitag ist er

nicht mehr Mitglied des Politbüros. Seine Demontage begann auf dem 3. Plenum des XI. ZK im Dezember 1978, als Dengs Einfluss gross genug war, um im Namen von Mao weitergehende Korrekturen der politischen Linie vorzunehmen.

Von Hua Guofeng zu Deng Xiaoping

Auf dem 3. Plenum des XI. ZK beschloss die KPCh, den Schwerpunkt der Arbeit von 1979 an auf die sozialistische Modernisierung zu verlagern, mit der Begründung, die landesweite Bewegung zur Entlarvung und zur Kritik Lin Biaos und der «Viererbande» sei im wesentlichen erfolgreich zu Ende geführt worden. Mit dieser Entscheidung wurde das Konzept Maos von der ununterbrochenen Revolution formell nicht in Frage gestellt, aber sinngemäss schlicht und einfach unterminiert. Fortsetzung der Revolution sollte fortan nicht mehr bedeuten, den Klassenkampf weiterzuführen, sondern den Lebensstandard zu heben bzw. die Produktivkräfte zu entwickeln. Fortsetzung der Revolution war nach dem Willen der Führung Ende 1978 in erster Linie gleichbedeutend mit wirtschaftlicher Entwicklung, insbesondere mit der Entwicklung der Landwirtschaft. Die Fortsetzung der Revolution war fortan – auf einen Nenner gebracht – identisch mit der sozialistischen Modernisierung.

Direkt kritisiert wurden auf dem Plenum weder Mao noch Hua. Doch diese Kritik wurde indirekt in Aussicht gestellt. Es wurde beschlossen, gelegentlich die von Mao initiierte

«Kulturrevolution» genau unter die Lupe zu nehmen und andere, von der Geschichte hinterlassene Fragen zu lösen. Ferner wurden prominente Gegner Mao Zedongs wie der bereits verstorbene ehemalige Verteidigungsminister Peng Dehuai rehabilitiert und eine Disziplinarkontrollkommission eingesetzt, die bei den nachfolgenden Rehabilitierungen eine entscheidende Rolle zu spielen hatte.

Die Speerspitze Dengs war 1979 zunächst gegen Huas Modernisierungsprogramm gerichtet. Während sich die beiden Politiker einig waren, dass China modernisiert werden sollte, gerieten sie sich über die Art und Weise der Modernisierung in die Haare. Hua hatte 1978 ein gigantisches Programm angekündigt, das bis zur Jahrhundertwende ein hochindustrialisiertes China in der Spitzengruppe der Länder der Welt vorsah. Das Vorhaben schlug ebenso fehl wie der «Grosse Sprung nach vorn» unter Mao. Hua musste einsehen, dass eine Revision nötig war, wenn sich Chinas Wirtschaft ausgewogen entwickeln sollte.

Auf dem 2. Plenum des V. NVK vom 18. Juni bis 1. Juli 1979 musste Hua in seinem «Bericht über die Tätigkeit der Regierung» eingestehen, dass die sozialistische Modernisierung «eine äusserst schwierige und komplizierte Arbeit» sei und dass zum Schaden der Wirtschaft einiges «nicht wohlüberlegt» gewesen sei; und er fand, dass eine Periode der «Regulierung, Umgestaltung, Konsolidierung und Niveauhebung» notwendig sei. Diese Äusserungen kamen einer Selbstkritik gleich. Hua gab damit zu, dass sein Modernisierungsprogramm nicht zu verwirklichen war, dass die von ihm vorgeschlagene Gangart zu schnell ge-

wesen war, dass er als Wirtschaftsfachmann nichts taugte und dass er bei allem Wenn und Aber in der Patsche sass.

Dengs Vorgehen war äusserst klug. Er selbst hielt sich auf dem 2. Plenum des V. NVK zurück und bewog Hua, sich selbst in Frage zu stellen. Gegenüber Mao schien Deng sich in ähnlicher Weise zu verhalten. Deng, das prominenteste überlebende Opfer der «Kulturrevolution», wollte Mao nicht eigenmächtig vom Sockel herunterholen. Dazu waren maogetreue «Zentristen wie Ye Jianying viel besser geeignet:

Nur ein paar Monate nach dem 2. Plenum des V. NVK, aus Anlass des 30. Jahrestages der Gründung der VR China am 1. Oktober 1949, hielt Ye Jianying eine vom 29. September 1979 datierte Rede, die vom 4. Plenum des XI. ZK, das vom 25. bis 28. September in Beijing getagt hatte, «einstimmig angenommen» worden war. Darin hiess es, Mao Zedong sei ein grosser Marxist gewesen, der mit andern zusammen den Marxismus-Leninismus weiterentwickelt habe. In China sei diese Weiterentwicklung unter dem Namen «Maozedongideen» bekannt geworden. Ye präziserte sodann:

«Natürlich sind die Maozedongideen nicht allein Produkt der Weisheit des Genossen Mao Zedong, sondern zugleich Produkt der Weisheit seiner Kampfgefährten, der Partei und der revolutionären Massen. Wie Genosse Mao Zedong sagte, sind die Maozedongideen ‚im kollektiven Kampf der Partei und des Volkes‘ entstanden. Die Maozedongideen sind die Kristallisation der Erfahrungen eines halben Jahrhunderts Revolutions-

kampf und Aufbau der neuen Gesellschaft, sind Kristallisation der kollektiven Weisheit der KP Chinas.»

Mit der offiziellen Trennung der «Maozedongideen» von den Gedanken Mao Zedongs wurde eine tiefgreifende Neueinschätzung des langjährigen Vorsitzenden ermöglicht. Was hinübergerettet werden sollte, auch nach Dengs Ansicht, das waren nicht einfach die Gedanken Maos, sondern die unter ihm gemachten Erfahrungen, genauer, die (richtigen) Schlüsse, die aus diesen Erfahrungen gezogen worden waren. Diese durften nach dem Verständnis der neuen Führung verständlicherweise nicht im Widerspruch zur Politik Dengs stehen.

Dieses Ziel erreichten Deng und seine Anhänger, Parteigrössen wie Zhao Ziyang und Hu Yaobang, die Nachfolger Huas werden sollten, dadurch, dass sie den Nachweis erbrachten – ihre Gegner würden schreiben: zu beweisen versuchten –, dass die Gedanken des alternden Mao, die Vorstellungen des «kulturrevolutionären» Vorsitzenden, den «Maozedongideen» widersprachen und dass seine Widersacher, die er zu vernichten vermochte, in Tat und Wahrheit wesentliche Beiträge zu den «Maozedongideen» geleistet hatten.

Dieser Prozess fand seinen Höhepunkt sicherlich in der Rehabilitierung von Liu Shaoqi (Liu Shao-ch'i) auf dem 5. Plenum des XI. ZK vom 23. bis 29. Februar 1980. Die während Jahren auch für Chinabeobachter unvorstellbare Rehabilitierung Lius war an sich schon sensationell. Im Communiqué zum Plenum vom 29. Februar hiess es zum Beispiel, die am Vorabend der «Kulturrevolution» verbreitete Ansicht, «innerhalb der Partei

herrsche eine konterrevolutionäre revisionistische Linie, und sodann, es herrsche ein sogenanntes bürgerliches Hauptquartier mit dem Genossen Liu Shaoqi an der Spitze», und die darauf folgende politische und physische Vernichtung Lius sei «das grösste Fehlurteil» in der Geschichte der KPCh gewesen, das vollständig revidiert werden müsse.

Noch sensationeller – aber durchaus folgerichtig – war dann die Feststellung, Liu Shaoqi habe einen wesentlichen Beitrag zu den «Maozedongideen» geleistet. Deng Xiaoping hielt in der Trauerrede zu Ehren von Liu am 17. Mai 1980 fest: «Genosse Liu Shaoqi war ein marxistischer Theoretiker unserer Partei. Er legte grossen Wert auf die Einheit von Theorie und Praxis, bemühte sich, Untersuchungen und Studien durchzuführen und die gemachten Erfahrungen zusammenzufassen. Er verstand es gut, die praktischen Erfahrungen auf eine theoretische Ebene zu heben, und machte bedeutende praktische und theoretische Beiträge zum Aufbau unserer Partei, zur Arbeiterbewegung in unserem Land und für die Parteiarbeit in den weissen Gebieten. Seine theoretischen Gesichtspunkte und ideologischen Prinzipien auf diesen Gebieten waren die Kristallisation der Erfahrungen, die die Partei und das Volk in einigen Jahrzehnten heroischen Kampfes gemacht hatten, und ein Bestandteil des wissenschaftlichen Systems der Maozedongideen.»

Damit hatte Deng sein Ziel gewissermassen erreicht, noch bevor allenthalben von «Entmaoisierung» gesprochen wurde. Er hatte zuerst Hua Guofeng blossgestellt und dann

aus dem Vorsitzenden Mao einen Genossen mit Fehlern gemacht. Hua, der mit dem «kulturrevolutionären» Mao das Land modernisieren wollte, stand unversehens als Linksabweichler mit leeren Händen da, während Deng als ein Politiker erschien, der den richtigen Kurs eingeschlagen hatte und dem man vertrauen konnte. Erfolge – vielleicht auch Erfolge Huas – wurden bald einmal ihm zugeschrieben und erhöhten sein Ansehen.

Von Deng Xiaoping zu Mao Zedong

Die Bilanz wurde auf dem 6. Plenum des XI. ZK vom 27. bis 29. Juni 1981 gezogen. Sie ist in der «Resolution über einige Fragen in unserer Parteigeschichte seit der Gründung der Volksrepublik China» enthalten, die am 27. Juni verabschiedet wurde. Dieses gewichtige Dokument nimmt Stellung zu vielen Fragen, die die Partei seit langem beschäftigten, insbesondere aber zu Mao und zu «seiner Kulturrevolution».

In dieser Schrift wird Mao charakterisiert mit den Worten: «Genosse Mao Zedong war ein grosser Marxist und ein grosser proletarischer Revolutionär, Stratege und Theoretiker. Obwohl er in der ‚Kulturrevolution‘ schwere Fehler beging, überwiegen alles in allem seine Verdienste für die chinesische Revolution. Seine Verdienste sind zweifellos primär, seine Fehler sekundär.»

Im weiteren wird festgehalten, die von Mao initiierte und geführte «Kulturrevolution» habe für Land und Volk und für die Partei «die schwerwiegendsten Rückschläge und Ver-

luste» seit der Gründung der Volksrepublik gebracht. Ferner heisst es: «Für diesen ernsten ‚linken‘ Fehler der ‚Kulturrevolution‘, ein Fehler von beträchtlichem Ausmass und langer Dauer, trägt Genosse Mao Zedong die Hauptverantwortung. Aber letzten Endes sind die Fehler des Genossen Mao Zedong Fehler eines grossen proletarischen Revolutionärs.»

Wer das Dokument aufmerksam liest, wird erkennen, dass es nicht gegen Mao gerichtet ist, sondern gegen die Vorstellung, Mao sei über alles erhaben gewesen und habe keine Fehler gemacht. Mit andern Worten: Maos Verdienste werden relativiert, aus dem Vorsitzenden wird ein Genosse, aber nicht irgendeiner, sondern der beste, der primus inter pares, trotz seiner Fehler.

Die Bedeutung dieser Einschätzung ist nicht nur im Ausland, sondern wahrscheinlich auch in China von vielen verkannt worden, weil sie sich nicht vorstellen konnten, dass ein Mann, der schwere Fehler begangen hatte, weiterhin Achtung verdiente. Doch eben dies scheint letzten Endes die Botschaft zu sein: das Bestehen der von Mao losgelösten «Maozedongideen» und das Festhalten an Mao trotz seiner Mängel.

Wer bereit ist, diese Gedanken nachzuvollziehen, wird auch gewahr, welche wertvolle Folgerungen sich daraus für die Praxis ergeben: Im Klartext bedeutet dies doch: China befindet sich auf dem richtigen Weg; unter Deng sind die wahren «Maozedongideen» restauriert worden.

Mit dieser Neueinschätzung hatte sich die Entwicklungsspirale um eine volle Runde gedreht. Die Untersuchung hatte gezeigt, dass Mao und

seine Partei vom richtigen Weg abgekommen waren; doch der Weg an sich wurde nicht in Frage gestellt. Die Aufgabe bestand nun einfach darin, den falschen Pfad zu verlassen, den richtigen Weg wieder zu suchen und konsequent auf ihm in die Zukunft zu schreiten. Das kam einer Aufwertung der Parteipolitik bis zum Abschluss der Sozialisierung der VR China im Jahre 1956 gleich. Bis zu diesem Zeitpunkt war die Linie, die Mao Zedong und Liu Shaoqi, Zhou Enlai und Deng Xiaoping und viele andere führende Kommunisten eingeschlagen hatten, im wesentlichen korrekt gewesen, während in der Folge, vorab seit dem «Grossen Sprung nach vorn» und der Errichtung der «Volkskommunen» im Jahre 1958 und der 1966 begonnenen «Kulturrevolution» katastrophale Fehler gemacht worden waren.

Was nun nötig war, das war die Wiederaufnahme dessen, was Mitte der fünfziger Jahre erreicht worden war und die konsequente Fortsetzung des China angepassten sozialistischen Aufbaus. Das war eine klare Absage an den Klassenkampf als Hauptkettenglied der weiteren Entwicklung und die Hinwendung zur Entwicklung der Produktivkräfte, die Verlagerung des Kampfes von der politischen Front auf die wirtschaftliche, die Fortsetzung der Revolution als Wirtschaftsrevolution oder, einfacher ausgedrückt, die Konzentration auf die sozialistische Modernisierung.

Eben diese Zielsetzung war auf dem 3. Plenum des XI. ZK im Dezember 1978 verkündet worden; doch um sie durchzusetzen, war es notwendig, den Beweis anzutreten, dass die Politik des alternden Mao falsch gewesen war, wobei eben sein Nachfolger Hua

ins Unrecht versetzt werden konnte und der Weg für die neue Führung unter der Leitung von Deng gangbar gemacht worden war.

Dabei ist oft übersehen worden, dass Deng stets von der «sozialistischen» Modernisierung sprach und sich weiterhin zum Sozialismus, der den Kommunismus herbeiführen sollte, bekannte. Was er verlangte, war einfach – wie Mao und Liu – einen der chinesischen Wirklichkeit Rechnung tragenden Sozialismus und eine dem chinesischen Entwicklungsstand entsprechende Fortsetzung des sozialistischen Aufbaus und innerhalb dieses Rahmens den Mut zum Experimentieren mit der Begründung, man müsse durch die Praxis erfahren, was tauglich sei und was nicht, gebe es doch auf der ganzen Welt noch kein Muster einer vollendeten Sozialisierung, das man einfach kopieren könnte.

Deng war – vor allem im Ausland – als Vertreter des Ökonomismus bekannt, hatte er doch das Schlagwort verbreitet, es spiele keine Rolle, ob eine Katze weiss oder schwarz sei, solange sie Mäuse fange, und damit zu verstehen gegeben, dass er einem leistungsorientierten Sozialismus das Wort redete, wobei ihm in Unkenntnis oder in boshafter Absicht unterstellt wurde, er sei nur an Leistung und nicht am sozialistischen Rahmen interessiert.

Doch dies stimmt einfach nicht. Was hätte Deng tun können ohne ein kommunistisches Credo? Die chinesischen Kader brauchten doch nicht nur eine Anleitung zu leistungsorientiertem Handeln, sie brauchten auch eine Lehre, der sie nachleben konnten, und das konnte weder der Kapitalis-

mus noch der Konfuzianismus, das konnte in diesem Zeitpunkt nur ein neudefinierter Kommunismus sein, in dem sowohl Mao Zedong als auch Liu Shaoqi Platz haben sollten.

Nach dem 3. Plenum des XI. ZK von 1978 ist denn auch konsequenterweise bei aller Betonung der wirtschaftlichen Modernisierung immer auch vom Fortschreiten auf dem sozialistischen Weg die Rede gewesen. Darunter versteht man seit 1979 vier Grundsätze, die immer wieder verbindlich erklärt worden sind.

Im eingangs erwähnten Bericht von Peng Zhen über den Revisionsentwurf der Verfassung, den er am 26. November 1982 erstattete, steht diesbezüglich: «Die allgemeinen Leitgedanken für den Revisionsentwurf der Verfassung sind die vier grundlegenden Prinzipien, nämlich das Festhalten am sozialistischen Weg, das Festhalten an der demokratischen Diktatur des Volkes, das Festhalten an der Führung der Kommunistischen Partei Chinas und das Festhalten an dem Marxismus-Leninismus und den Maozedongideen. Diese vier grundlegenden Prinzipien bilden die gemeinsame politische Grundlage für den einheitlichen Vormarsch der Volksmassen der verschiedenen Nationalitäten des ganzen Landes und sind zugleich die grundlegende Garantie für den reibungslosen Verlauf der sozialistischen Modernisierung.»

Zusammenfassung und Schluss

Der Blick zurück hat deutlich gezeigt, dass das China von heute mit dem China der fünfziger Jahre vergleichbar ist und dass mit der Wahl des

Staatspräsidenten ein Konsolidierungsprozess abgeschlossen sein wird, der eine solide Grundlage für die weitere Entwicklung der VR China zu bilden scheint, für ein China, das, wie es in der Präambel der Verfassung vom 4. Dezember 1982 heisst, sowohl die sozialistische Demokratie und das sozialistische Rechtssystem entwickeln als auch die Modernisierung schrittweise vorantreiben will, in der Absicht, «China zu einem sozialistischen Land mit hochentwickelter Zivilisation und hochentwickelter Demokratie aufzubauen».

Heute ist niemand imstande zu sagen, ob und wann dieses Ziel erreicht werden kann. Fest steht nur, dass die Durchführung eines solchen

Programms mit gewaltigen Schwierigkeiten verbunden ist und dass die Möglichkeit weiterer Rückschläge auch bei optimistischer Einschätzung der Sachlage nicht kategorisch als ein Ding der Unmöglichkeit in Abrede gestellt werden darf. Dass dies indessen weder im Interesse Chinas noch im Interesse der Menschheit sein kann, versteht sich.

Norbert Meienberger

PS. Seit der Drucklegung dieses Artikels hat der VI. Nationale Volkskongress, der im Juni 1983 seine erste Tagung abhielt, Li Xiannian zum Vorsitzenden der Volksrepublik China gewählt.

100. Geburtstag Mussolinis, 40. Jahrestag seines Sturzes

Auch Italien hat dieses Jahr politische Jubiläumstage, die zur Auseinandersetzung mit einer ungunstigen Vergangenheit veranlassen: Am 29. Juli sind es 100 Jahre her, da Mussolini in Dovia, Gemeinde Predappio, in der Romagna, das Licht der Welt erblickte, als Sohn des Eisenschmieds Alessandro Mussolini und der Lehrerin Rosa Maltoni. Sein Vater war Sozialist. Er verschaffte ihm den Zugang zur Lehrerbildungsanstalt in Forlimpopoli, wo der junge Benito mit Eifer, aber oft auf sehr individuelle Weise, sozialistisches Gedankengut in sich aufnahm. Der Lehrerberuf ermöglichte ihm den Abschied aus dem freudlosen Milieu seiner Jugend; er kehrte kaum je wieder nach Predappio zurück.

Fast auf den Tag genau 60 Jahre

nach seiner Geburt, am 25. Juli 1943, also vor 40 Jahren, erlebte Mussolini seinen Sturz. Nachdem der Grossrat des Faschismus in der Nacht vorher unter dem Eindruck der katastrophalen militärischen Lage mehrheitlich einem von Dino Grandi vorgelegten Resolutionsentwurf zugestimmt hatte, der die «Wiederherstellung der staatlichen Funktionen» und die Rückgabe der «obersten Initiative der Entscheidung» an den König verlangte, wurde der Duce nach dem Vortrag bei Vittorio Emanuele III. gemäss einem vorher abgestimmten Plan verhaftet. Das Regime löste sich ohne Widerstand innerhalb weniger Stunden auf.

Der italienische Faschismus war die erste autoritäre, von übersteigertem Nationalismus und Ressentiments ge-

tragene Bewegung, die in Europa die Macht ergriff. Er war für alle andern Vorbild und gab ihnen den Sammelnamen. Freilich ist in der zeitgeschichtlichen Forschung und Publizistik, aber auch in der Soziologie und vollends in der politischen Agitation diese Verallgemeinerung auch simplifiziert und übertrieben worden. Es begann damit, dass man auf der Linken um jeden Preis den Begriff «Nationalsozialismus» für die Bewegung Hitlers vermeiden wollte, weil in ihm das Wort «Sozialismus» enthalten war. Die Sowjetunion und die Kommunisten überhaupt kennen in ihrer offiziellen Terminologie nur den Begriff «Faschismus». Man muss es als bedauerlich empfinden, dass im Westen die zeitgeschichtliche Wissenschaft in allen ihren Sparten diese Sprachregelung so unbesehen und undifferenziert übernommen hat, ohne Rücksicht auf die gewaltigen Unterschiede in Ursprung und Charakter der einzelnen Bewegungen. Sogar das kleine Österreich bekam so seinen vollgültigen «Faschismus», der den Karl-Marx-Hof eroberte; Philosophen der «Frankfurter Schule» stellten Skalen für «faschistisches Verhalten» auf. Vielleicht ist es gut, dass dieser Abschnitt der europäischen Geschichte langsam aus den Händen der Politologen und Soziologen in diejenigen der Historiker übergeht.

Enttäuschter Sieger

Im Gegensatz zum deutschen Nationalsozialismus, der seinen Nährboden auf einem verlorenen Krieg und der Schwächung des Bürgertums durch Inflation und Krieg fand, erblühte die

Bewegung Mussolinis nach einem gewonnenen Krieg, der Italien die Brennergrenze, Triest und Istrien gebracht hatte. Aber das nationale Lager Italiens betrachtete diese Gewinne als ungenügend, in keinem Verhältnis zu den gewaltigen Opfern. Dalmatien (mit Ausnahme von Zara), Albanien, aber auch der Zugang zum Orient samt der Beteiligung an der Kontrolle über Meerengen und Suezkanal, blieben unerfüllte Träume. Gabriele D'Annunzio, melodramatischer Schriftsteller, heroischer Kriegsflieger und bewunderter Held des fin de siècle, organisierte mit seinen «Arditi» den Handstreich auf Fiume. Er stellte sich später in ein komplexes Nahverhältnis zum Faschismus, ohne in ihm aufzugehen. Mussolini liess den Dichter feiern, betrachtete ihn aber zugleich als seinen einzigen ernstzunehmenden Rivalen im nationalen Lager und liess ihn und seine exzentrische Villa am Gardasee überwachen.

Linke Komponente

Renzo de Felice, der Autor der massgebenden, mit Ausnahme des letzten Bandes vollendeten politischen Biographie Mussolinis, selber von der Linken kommend, sieht im italienischen Faschismus mehr politisches und ideelles Gedankengut der Linken als im deutschen Nationalsozialismus. Für ihn ist Mussolini ein Mann, der sich ändert und Entwicklungen durchmacht, in die er auch seine Bewegung verstrickt. Schon die Titelfolge der Biographiebände lässt den Weg erkennen: «Mussolini il rivoluzionario» – «Mussolini il fascista» – «Mussolini il Duce» und schliesslich, noch in Arbeit, «Mussolini l'alleato».

Die starke linke Komponente im Faschismus ist bestimmt eine Realität; zu ihm stiessen nicht nur Sozialisten, sondern auch Elemente der katholischen Linken; umgekehrt ist bemerkenswert, dass aus der ursprünglichen faschistischen Linken viele leicht den Weg zur kommunistischen Partei (Ingrao), zu den Sozialisten oder wieder zur katholischen Linken fanden; als Massenbewegung fand der Prozess des Hinüberwechselns zum Teil erst in der Kriegszeit statt.

Freilich muss man in Betracht ziehen, dass es in jeder Gesellschaft eine amorphe Grauzone populistischer Reflexe und Ressentiments gibt, die sich prinzipiell in jede Richtung lenken lassen. Sowohl Faschismus und Nationalsozialismus wie der Kommunismus bemühten sich um diese Schichten; die modernen sozialdemokratischen und bürgerlichen Volksparteien tragen ebenso daran. Im Nationalsozialismus mochte diese Schicht gar dominierend gewesen sein, im Faschismus weniger. Was die Intellektuellen anbelangt, so behielt der Faschismus fast durch seine ganze Herrschaft hindurch, nicht zuletzt durch die Tätigkeit seines Erziehungsministers Bottai, ein Element des Avantgardismus; es gab zwar die Exaltation des Heroischen, aber keine angeprangerte «entartete Kunst» und keine Vorschriften über Stilrichtungen.

Politisch wäre der Faschismus nicht denkbar ohne den Interventionsstreit bis zum Kriegseintritt Italiens 1915. Mussolini wurde «Interventionist»; auf dieser Basis löste er sich mit andern von der Sozialistischen Partei, gründete in Mailand die Zeitung «Popolo d'Italia» und versuchte durch sie, die von den Sozialisten kontrol-

lierten Arbeitermassen und die Gewerkschaftsbewegung von der Neutralität abzubringen. Tat dies Mussolini in einem nationalistischen Sinn oder noch im Zeichen der Idee eines von den (anarchistischen) Syndikalisten oft propagierten «revolutionären europäischen Krieges», zwecks Zerstörung der kapitalistischen Gesellschaft?

Richtig ist, wie de Felice schreibt, dass die Linkskreise, die für einen «demokratischen und revolutionären Interventionismus» eintraten, Mussolinis Position mit Enthusiasmus begrüßten; richtig ist ebenso, dass aus dem «revolutionären Interventionismus» später die wichtige syndikalistische Komponente des Faschismus erwuchs, der sich auch Mussolini zuzählte. Der andere Faktor war der Patriotismus: Wenn schon die französischen, belgischen oder englischen Genossen sich rückhaltlos hinter die Kriegführung ihrer Länder stellten, konnten da die italienischen Sozialisten weiterhin für Neutralität sein und die Verwirklichung der nationalen Ziele Italiens andern Staaten überlassen? Mussolinis Äusserungen zu diesen Fragen sind zwiespältig. Er selber erfüllte für zwei Jahre, bis zum Frühjahr 1917, seine Pflicht als Soldat und wurde verwundet.

In der Kriegszeit noch entstanden in Italien eine Anzahl patriotischer, extrem nationalistischer Gruppen, von denen einige sich die Bezeichnung «fasci» zulegten, mit dem römischen Liktorenbündel als Erinnerung an das strenge Staatsbewusstsein und die patriotische Pflichterfüllung in der Römischen Republik. Nach dem Debakel von Caporetto gewannen diese Gruppen sogar im Parlament eine gewisse Bedeutung. Mussolini machte wohl die

entscheidende Wendung seines Lebens, als er, sichtlich unter dem Eindruck der drohenden Niederlage und auch seiner eigenen Militärzeit, der parlamentarisch-bürgerlichen Regierung und deren Unfähigkeit die Schuld an der schlechten Kriegslage zuzuschreiben begann und den für Autorität und Durchgreifen eintretenden «Fasci» zuerst vorsichtige, später immer stärkere Unterstützung zukommen liess.

Nach dem Krieg warf Mussolini dann der bürgerlich-demokratischen Regierung Versagen beim Verfolgen der nationalen Ziele und in der Wirtschaftspolitik vor. Die Gründung der eigenen, aus verschiedenen Orientierungen zusammengesetzten «Fasci di combattimento» war seine Herausforderung an Bürgertum und Demokratie.

Versagen der Gegenkräfte

Offenkundig fanden die Thesen Mussolinis in der Nation Anklang. Die faschistische Bewegung hätte indessen kaum so rasch wachsen und schon 1922 mit der «marcia su Roma» die Macht ergreifen können, wenn nicht ein anderer wichtiger Faktor mitgespielt hätte: das Versagen und die schwerwiegenden Fehler der Gegenkräfte, vor allem der Sozialisten. Man bemerkt bis zum heutigen Tage, wie gewissen Teilen der Sozialdemokratie in Europa die Idee des überparteilichen demokratischen Staates, der auf den Konsens sogar über Grundfragen hinaus gegründet ist, Schwierigkeiten bereitet. Im Italien der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg war für die Sozialisten diese Idee offensichtlich nicht existent; sie hatten sich noch nicht von

den verschwommenen Thesen ihres «Revolutionarismus» lösen können.

Sie bekämpften die Staatsautorität und ermöglichten es so dem jungen Faschismus, sich samt seinen «Squadristen» als Verteidiger des Staates und seiner Autorität darzustellen. Aus dem gleichen Grund konnte der Faschismus einflussreiche Schichten der Gesellschaft, die sich der bestehenden Sozialordnung und der Ordnung überhaupt verpflichtet fühlten, gewinnen. Dies galt für die kleinen und grossen Grundbesitzer, etwa in der Emilia, aber auch für breite Kreise des Bürgertums, sogar des Grossbürgertums. Im Gegensatz zum deutschen Nationalsozialismus wurden diese Kreise direkt in die Bewegung integriert und machten sie im wahren Sinne des Wortes hoffähig. Ciano, Grandi, Bottai, Balbo, Federzoni und viele andere höhere «gerarchi», denen man persönliche Qualitäten nicht absprechen kann, verkörperten dieses Element. Schliesslich wandte sich der ganze Staatsapparat, der sich von den Sozialisten angegriffen fühlte, fast von selbst dem Faschismus zu, liess den «Squadristen» gewähren und begünstigte die Machtübernahme. Nach der Kapitulation im September 1943, im Neofaschismus, zeigte sich dann die Reaktion der «alten Kämpfer» mit ihren populistischen Reflexen und sozialen Ressentiments; der Faschismus, so hiess es, solle «zu seinen revolutionären Ursprüngen» zurückkehren, den praktizierten gesellschaftlichen Konsens aufgeben und das «verräterische» bürgerliche Element aus seinen Reihen jagen. Der Mord an Matteotti stürzte das Regime 1924 in eine Krise; Mussolini hat Vermutungen um seine Mitschuld nie ganz entkräften können.

Der Konsens

Die auf die Periode der Machtergreifung und Machtkonsolidierung folgenden Jahre 1929 bis 1936 bezeichnete de Felice als «gli anni del consenso». Italien schien seinen «Platz an der Sonne» gefunden zu haben; es schickte sich an, sein «impero» zu schaffen. Die Engländer und Franzosen hatten ein solches auch; man konnte Mussolinis Afrikapolitik unter den damaligen Umständen nicht bedingungslos verurteilen. Ausserdem bedeutete das «Impero» Siedlungsmöglichkeiten für das übervölkerte Italien. Carlo Levi meint zwar in seinem Buch «Cristo si è fermato a Eboli», dem Erlebnisbericht über seine Verbannung in Lukanien, aus Rom seien für die Leute dort kaum je anderes mehr als Rundfunkansprachen und Steuereinzahler gekommen, aber indirekt muss auch er einräumen, dass ein einheitliches Staatsbewusstsein sich sogar in diesen Dörfern zu bilden begann. Der Sieg in Äthiopien, die Proklamation des «Impero» und die Anerkennung des fait accompli durch Aufhebung der Sanktionen, so schreibt de Felice (Mussolini il Duce, 1929–1936, Seite 758), wurden in Italien von einem Enthusiasmus begrüsst, der oft an Exaltation grenzte; es kamen Ideen über Demokratisierung in Partei und Staat auf, die auch an Mussolini nicht ganz vorbeigingen, Verbannte wurden freigelassen und Donna Rachele schlug vor, ihr Gatte solle sich jetzt, auf dem Gipfelpunkt seines Erfolges, ins Privatleben zurückziehen: «Bis jetzt haben wir Glück gehabt.» Es sollte anders kommen.

Das faschistische «Impero» hatte keinen rassistischen Charakter. Die

«Bevölkerung von Äthiopien», so Mussolini in seiner Rede zum Abschluss des Krieges, würde nun «im Schatten der italienischen Tricolore» friedlich arbeiten. Das kleine Liedchen von der «Faccetta nera», der schönen Abessinierin, die dann «gemeinsam mit der Römerin» über das Forum in Rom defilieren werde, bereitet noch heute grimmigen Ideologen, die alles gerne über einen Leist schlagen möchten, Kopfzerbrechen. Es gab, zum Beispiel in Triest, Präfekten jüdischer Abstammung. Die italienischen Rassenrichtlinien vom Herbst 1938 wurden ausschliesslich unter dem Einfluss des deutschen Verbündeten erlassen. Sie enthielten hässliche Dinge wie Berufs- und Ehebeschränkungen, aber niemand, nicht einmal die extrem deutschfreundlichen und dogmatischen Kreise um Farinacci, planten so etwas wie eine italienische «Endlösung». Die Rassenrichtlinien fanden sogar im Kreis der höchsten «gerarchi» Widerspruch, und sie wurden lässig angewandt. Mussolini sei persönlich nie Rassist oder auch nur Antisemit gewesen, auch wenn ihm die Rassenrichtlinien des faschistischen Grossrates vom Oktober 1938 persönlich angelastet werden müssten, schreibt de Felice (Lo stato totalitario, Seiten 312 und 314). Wie Ciano bezeugt, war sich Mussolini bewusst, dass der Antisemitismus erst dem italienischen Volke «eingimpft werden müsse» («Diario», Eintrag vom 6. Oktober 1938).

Der Kriegseintritt

Eine immer wieder gestellte Frage lautet, was wohl mit Mussolini und dem

italienischen Faschismus geschehen wäre, wenn dieser wie Franco nicht in den Zweiten Weltkrieg eingetreten wäre. Eindeutig steht fest, dass der Kriegseintritt im Juni 1940 eine persönliche Entscheidung Mussolinis war, dass sie im Volk wenig Widerhall fand und dass sich wichtige Persönlichkeiten des Regimes, wie Aussenminister Ciano, Grandi und andere, dieser Entscheidung entgegenstellten; sie waren dazu meist antideutsch gesinnt; Marschall Badoglio als Generalstabschef wies auf den völlig ungenügenden Ausrüstungsstand der Streitkräfte hin. Ebenso konnte sich der König mit dem Gedanken schwer befreunden. Es ist dem faschistischen Italien stets besonders verübelt worden, dass es Frankreich in den Rücken fiel, als dieses bereits schwer angeschlagen war. Das ist jedoch nicht ganz die richtige Optik. In Wahrheit wäre es Mussolini zu einem anderen Zeitpunkt als gerade diesem kaum möglich gewesen, Italien überhaupt in den Krieg zu ziehen.

Ciano beschreibt in seinem Tagebuch, wie die starke Antikriegsfront durch das überraschende Zusammenbrechen Frankreichs geschwächt und schliesslich gelähmt wurde. Mussolini schliesslich erscheint als Opfer seiner eigenen Rhetorik: «Es ist schwer abseits zu stehen, wenn andere die Geschichte schreiben.» Aber es gab sogar bei ihm, wie de Felice darlegt, bereits andere Überlegungen: Wie würde Italien in Europa gegenüber einem siegreichen Deutschland dastehen? Bestand nicht sogar die Gefahr eines deutschen Angriffes auf Italien, wenn dieses in der Nichtkriegführung verharrte?

Ursprünglich hatte Mussolini den eben zur Macht gekommenen Hitler

etwas gönnerhaft von obenherab behandelt. Bereits beim Kriegsausbruch im September 1939 aber hatte Hitler Mussolini nicht konsultiert. Im Sommer 1940 war die Umkehrung der Machtverhältnisse vollends offenkundig. Etwas Positives freilich bewirkte Mussolinis Kriegseintritt: die ersten Probleme, die daraus resultierten, scheinen Franco endgültig von einem Kriegseintritt Spaniens abgehalten zu haben. Dem spanischen Volk blieb damit eine zweite Katastrophe erspart.

Die Aussenpolitik des faschistischen Italiens auf ihrem Hauptaktionsfeld, dem Balkan, wird heute von italienischen Historikern und Publizisten gern als «Konkurrenz» gegenüber Deutschland dargestellt. Das mag für eine ganze Reihe von Ländern zutreffen, aber nicht für alle. Die expansionistischen Bemühungen Richtung Dalmatien, Albanien, Griechenland und über den Dodekanes hinaus in den Nahen Osten waren eigenständige Bestrebungen; sie gipfelten in Cianos Doktrin vom «Parallelkrieg». Die Griechen machten dieser Idee freilich im November 1940 ein Ende, und dann zeigte sich, dass weder das «Impero», Libyen eingeschlossen, noch zum Schluss das Mutterland mit eigenen Mitteln zu verteidigen waren.

Mussolini selber hat das Wort geprägt, dass politische Regime kaum von innen zerbrechen könnten, sondern nur «unter dem Gewicht einer Niederlage» (*Storia di un anno*). Das Wort erfüllte sich am 25. Juli 1943 an Mussolinis eigener Person und am Faschismus insgesamt. Der Duce hatte zwar das Wort vom «totalitären Staat» erfunden, aber der faschistische Staat war in Wirklichkeit keineswegs totalitär. Das Königshaus war geblieben,

und die Streitkräfte waren auf dieses vereidigt. Die Mehrheit des faschistischen Grossrates, die in der Nacht vom 24. auf den 25. Juli 1943 die Krone wieder de facto als höchste Staatsautorität einsetzen wollten, liquidierten mit ihrer Entscheidung das Regime. Die meisten Mitglieder dieser Mehrheit büssten später für ihre Entscheidung in Verona mit dem Leben,

aber sie hatten, wenn auch spät, einen Akt der patriotischen Verantwortung gesetzt, der die staatliche Kontinuität Italiens massgeblich sichern half. Mussolini selber hat für seine folgenschwerste persönliche Fehlentscheidung, den Kriegseintritt, mit dem Leben bezahlt. Bezahlen musste mit ihm freilich auch ganz Italien.

Viktor Meier

Horrorzahlen über Hungertote

Nicht wenige nationale und internationale Institutionen, die mit der Bekämpfung des «Welthungers» befasst sind, neigen dazu, das gewiss ernste Problem zu dramatisieren und die Lage in den düstersten Farben zu schildern. Offenbar glauben sie, dadurch ihre eigene Bedeutung zu unterstreichen und mehr Ressourcen zu mobilisieren.

Obwohl alle Kundigen wissen, dass eine einigermassen verlässliche Quantifizierung der Zahl der wirklich «Hungernden» in den meisten Entwicklungsländern schon wegen der Problematik der statistischen Erfassung fast unmöglich ist, wird mit Zahlen jongliert. Vielleicht trifft die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) die Grössenordnung annähernd richtig, wenn sie schätzt, dass gegenwärtig etwa 400 bis 500 Millionen Menschen in den Entwicklungsländern «ernstlich unterernährt» sind. Aber Verlässliches weiss auch diese Sonderorganisation nicht. Die Zahlen sind mehr «gegrif-

fen» als geschätzt. Ziemlich risikolos könnte man daher die Zahl der «Hungernden» nach oben oder unten um eine oder mehrere Hundertmillionen erhöhen oder vermindern, ohne ein schlüssiges Dementi befürchten zu müssen.

Zu den rein statistischen Problemen kommt das Fehlen ausreichend präziser Definitionen über die Begriffe Unter- und Mangelernährung. Bei der Bestimmung des Kalorien-«Bedarfs» müssen u. a. so verschiedene Faktoren wie Klima, Alter, Gewicht, Geschlecht und Berufstätigkeit berücksichtigt werden. Wenn es in manchen Dokumenten – vor allem aus dem UNO-Bereich – heisst, dass Menschen in Ländern mit wärmerem Klima, d. h. vor allem in Entwicklungsländern, im Durchschnitt täglich rund 2000 Kalorien je Kopf «benötigen», so dürfte diese Zahl vielleicht einen Tatbestand zwar grundsätzlich richtig kennzeichnen, aber sie hat doch nur einen sehr beschränkten Aussagewert. Auch die Technik der länderweise erarbeiteten «Nahrungs-

bilanzen» beinhaltet eine Vielzahl möglicher Fehlerquellen. Wenn statistisch beispielsweise der durchschnittliche Pro-Kopf-Kalorienverbrauch in Lateinamerika auf einem Niveau von etwa 2500 Kalorien zu liegen scheint, so verschleiert eine solche regionale Zahl den weit geringeren Verbrauch in einzelnen Ländern. Es gibt Länder, in denen ein wesentlicher Prozentsatz der Bevölkerung im Tagesdurchschnitt weniger als 1500 Kalorien erhält, während der Kalorienverbrauch eines relativ unbedeutenden Prozentsatzes der Bevölkerung weit über der Durchschnittszahl von 2500 Kalorien liegt.

Nicht weniger schwer als die Schätzung der «Hungernden» ist die der Zahl der an Hunger oder Mangelernährung Gestorbenen. Der wegen seiner Übertreibungen und seiner persönlichen «Hungerstreiks» bekannte italienische Radikale Marco Panella pflegt seine römischen, Strassburger und Brüsseler Appelle zur Ausrottung des Hungers sensationeller zu gestalten, indem er von jährlich 30 Millionen Hungertoten spricht. In einer auf dem Manifest einiger Dutzend Nobelpreisträger beruhenden Resolution des Europäischen Parlaments von 1982 ist etwas verwässerter von «tens of millions» von Menschen die Rede, welche jährlich an «Hunger und Unterentwicklung» sterben, ohne freilich die beiden Ursachen zu trennen.

Alle diese und andere «Schätzungen» werden nunmehr durch den Generaldirektor der FAO, Edouard Saouma (Libanon), weit in den Schatten gestellt. Der schon immer zur Dramatisierung neigende Saouma sprach kürzlich im FAO-Ausschuss für Welt-ernährungssicherheit (über 250 Teilnehmer) von einem «schicksalhaften

Zeitpunkt in dem tausendjährigen Bemühen um eine bessere Welt» und stellte dabei das Hungerproblem in den Vordergrund. Er plädierte für eine Serie von fragwürdigen Massnahmen (Schaffung zusätzlicher Finanzierungsfonds und institutionelle Änderungen), welche von den Entwicklungsländern gebilligt, aber von den meisten Industrieländern als unausgegoren abgelehnt wurden.

Zur Rechtfertigung seiner masslosen Forderungen erklärte der Generaldirektor vor dem Ausschuss u. a. folgendes: «*Vierzig Millionen Menschen* – die Hälfte davon Kinder – sterben jährlich an Hunger und Fehlernährung. Es ist gesagt worden, dass wir – wenn wir für jeden Menschen, der 1982 an Hunger starb, eine Schweigeminute einhalten müssten – das ganze Jahrhundert hindurch und darüber hinaus in Schweigen verharren würden.»

Ein Blick in die Statistiken der UNO (Demographic Indicators of Countries: Estimates and projections as assessed in 1980. Dokument Nr. ST/ESA/SER.A/82) zeigt die Absurdität der Zahl von 40 Millionen «Hungertoten». Nach den UNO-Schätzungen lag 1980 die weltweite Zahl der Toten aus *allen* Ursachen bei etwa 49,2 Millionen. Die Sterberate wird im gleichen Dokument auf rund 1,06 Prozent beziffert. Von diesen rund 49,2 Millionen entfielen auf die Entwicklungsländer etwa 37,9 Millionen (Sterberate rund 1,2 Prozent). Die UNO-Zahlen unterscheiden nicht zwischen den Todesursachen im einzelnen. Aber auch ein Nicht-Statistiker ersieht aus den New Yorker Zahlen, dass die Angabe des FAO-Generaldirektors völlig aus der Luft gegriffen ist – es sei denn man hielte es

für möglich, dass rund 80 Prozent sämtlicher Todesfälle in der Welt im Jahr 1980 auf «Hunger und Fehlernährung» zurückzuführen sind.

Es ist unbegreiflich, dass der Chef der grössten Sonderorganisation der UNO, welcher über eine eigene grosse statistische Abteilung verfügt, sich dazu hat hinreissen lassen, eine ausgesprochene *Horrorzahl* zu nennen, um seine fragwürdigen Vorschläge zu untermauern. Kaum weniger begreiflich ist es, dass keine der etwa 80 in der Ausschuss-Sitzung vertretenen Regierungen den ihrer Kontrolle unterstellten Funktionär zur Rede gestellt hat.

Die für Saouma seit Jahren kennzeichnende Überdramatisierung birgt in sich die Gefahr der Abstumpfung der öffentlichen Meinung. Sie ist damit nicht weniger bedenklich als eine Verharmlosung. Wenn auch die von Pessimisten seit langem immer wieder vorausgesagte weltweite Katastrophe bisher nicht eingetreten und nach dem derzeitigen Erkenntnisstand kurzfristig wohl kaum zu befürchten ist, so darf das Problem – schon angesichts des rapiden Bevölkerungswachstums – nicht bagatellisiert werden.

Zu den vordringlichen Aufgaben eines FAO-Generaldirektors gehört es,

weitaus deutlicher und eindringlicher, als es bisher der Fall ist, klarzustellen, dass das Ernährungsproblem – welches in erster Linie ein Armutproblem und damit eine Frage der Unterentwicklung ist – nicht ohne sehr wesentlich gesteigerte Eigenanstrengungen der betroffenen Länder gelöst werden kann. Dabei dürfte keinerlei Zweifel darüber gelassen werden, dass äussere Hilfe im Rahmen einer nationalen Ernährungsstrategie letztlich nur akzessorischen, ja marginalen Charakter haben kann. In seiner nun schon bald achtjährigen Amtszeit kämpft Saouma unentwegt, ja fanatisch für eine massive Steigerung der äusseren Hilfe und für die Gründung immer neuer Fonds. Er hat sich mit dieser Taktik zwar die Sympathie vieler Entwicklungsländer und ihre Unterstützung für manche problematische Machenschaften erworben, hat aber zur Lösung des Ernährungsproblems keinen substantiellen Beitrag geleistet. In der Erwartung weiterer und höherer Hilfe (auch von Nahrungsmittelhilfe) schieben viele Entwicklungsländer die seit Jahren überfälligen – zum Teil unpopulären – Massnahmen und inneren Reformen immer wieder hinaus.

Otto Matzke